

Die Erklärung des verschärften U-Bootkriegs

In den ersten Dezembertagen 1916 stürzte Lloyd George das Ministerium Asquith-Grey. Ende November waren Gerüchte in London umgelaufen, daß Grey, Balfour, Lansdowne, Runciman und McKenna einen Frieden durch Unterhandlungen begünstigten.

Am 6. Dezember fiel Bukarest.

Am 12. Dezember 1916 erfolgte das Friedensangebot der Mittelmächte. Wie Helfferich in seinem Buch „Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Bootkrieg“¹ mitteilt, ist er der Vater des Planes. Unter dem Eindruck der maßvollen Rede Greys vom 23. Oktober 1916 brachte er die Anregung an Bethmann heran: Grey solle durch einen deutschen Schritt gezwungen werden, Farbe zu bekennen. — Als unser Angebot herauskam, war Grey nicht mehr im Amt.

Am 21. Dezember 1916 entsandte Präsident Wilson seine erste Friedensnote, darin er die kriegführenden Länder aufforderte, präzise Kriegsziele zu nennen, damit der Krieg nicht weiter „im Dunkeln“ fortgeführt werde.

Die deutsche Regierung lehnte am 26. Dezember höflich ab, ihre Ziele zu nennen: der unmittelbare Gedankenaustausch zwischen den Kriegführenden schiene der geeignetste Weg.

Am 30. Dezember wurde die Antwortnote der Entente auf unser Friedensangebot überreicht. Sie war erfüllt mit Beschimpfungen, die uns erneut als die Alleinschuldigen an dem Ausbruch des Krieges wie an seiner geflohenen Führung stempeln wollten; der deutsche Vorschlag sei wertlos, weil er jeglichen Gehalts und jeglicher Präzisierung entbehre. Er erscheine weniger als ein Friedensschritt denn als ein Kriegsmanöver.

Am Schlusse der Note hieß es:

„In dem Augenblick, in dem Deutschland zur Welt von Frieden und Menschlichkeit spricht, führt es belgische Bürger zu Tausenden in die Sklaverei.“²

¹ S. 356.

² Die belgischen Deportationen hatten Ende Oktober 1916 begonnen.

Am 6. Januar fand in der amerikanischen Handelsgesellschaft ein Essen statt, bei dem Botschafter Gerard, kürzlich von persönlicher Besprechung mit der Regierung in Washington zurückgekehrt, der Welt verkündete: die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland seien nie besser gewesen.

Am 12. Januar antwortete die Entente dem Präsidenten Wilson. Kriegsziele wurden proklamiert, wie sie die Mittelmächte nur nach einer vernichtenden Niederlage annehmen konnten. Neben Räumung und Entschädigung sämtlicher besetzten Gebiete wurde die Rückgabe Elsaß-Lothringens, die Aufteilung Österreich-Ungarns, die Austreibung der Türken aus Europa gefordert.

Am 20. Januar erhielt ich die Nachricht, daß die Ankündigung des verschärften U-Bootkrieges bereits beschlossen sei.

Am 22. Januar 1917 wurde eine neue Friedensbotschaft Wilsons veröffentlicht. Von der Plattform des amerikanischen Senats aus wurde das große Wort in die öffentliche Meinung der Welt geworfen: „Ein Friede ohne Sieg“. Das Gleichgewicht der Mächte sollte durch die Gesellschaft der Nationen ersetzt werden, der Amerika beizutreten bereit wäre. Wilson forderte ferner: die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker; nach Möglichkeit den freien Zugang zum Meer für alle Nationen, die Freiheit der Meere und die Beschränkung der Rüstungen.

Ende Januar 1917 war ich in Berlin. Ich hatte in Gefangeneningenangelegenheiten im Kriegsministerium und im Auswärtigen Amt zu tun. Außerdem wollte ich den Kanzler sprechen, um zu sehen, wie weit er bei den Bemühungen um den russischen Separatfrieden meine Dienste gebrauchen könnte.

Die Entscheidung über den U-Bootkrieg war gefallen: die Stimmung in Berlin war voller Widersprüche; Beklemmungen und Hoffnungen lösten sich ab, je nachdem, mit wem man sprach.

Auf der einen Seite schwirrten die optimistischen Zahlen der Marine herum; mit mathematischer Präzision wurde der Monat, beinahe der Tag ausgerechnet, an dem England auf die Knie gezwungen wäre.

Die Militärs zeigten dagegen keine übermütige Zuversicht; sie hatten in schwerer Besorgnis über die militärische Lage zum letzten Mittel gegriffen. Sie glaubten daran, daß im Jahre 1917 das in Rom beschlossene Programm der Alliierten zur Ausführung kommen würde: eine gleichzeitige Generaloffensive auf allen Fronten; dabei wurde auch mit einer erneuten Brusilow-Offensive gegen Österreich gerechnet. Nach den schweren Erfahrungen des Sommers 1916 sei es Deutschlands Pflicht, jedes Mittel zu versuchen, um die Gewalt des feindlichen Ansturms zu schwächen: eine

Offensive zu Lande komme für uns nicht mehr in Betracht; die U-Boot-offensive der Marine gegen die feindlichen Verbindungen verspreche die Munitionszufuhr zu behindern. Die Reichsleitung zeige uns keinen Weg zu einem ehrenvollen Frieden. Wir hätten keine Wahl als den verschärften U-Bootkrieg.¹

Die Politiker fand ich in einer Geistesverfassung, die man nur als dumpfe Ergebenheit bezeichnen konnte. Sie glaubten nicht an den Erfolg des U-Bootkrieges. Helfferichs Widerlegung der Zahlen der Marine² war für sie auch heute noch schlüssig; aber nach der herausfordernden Antwort der Entente an uns und besonders an Wilson sei jede Hoffnung auf Frieden zerstört, jedenfalls auf einen ehrenvollen Frieden. Wilson habe kein Verständnis für die deutschen Lebensinteressen, auch würde er nicht die Macht haben, ihre Berücksichtigung durchzusetzen. Unter diesen Umständen habe man kein Recht, auf die Anwendung unseres schärfsten Kriegsmittels noch weiter zu verzichten. Der Kanzler — dies ist mir von zuverlässiger Seite mitgeteilt worden — schauderte im Grunde vor der Verantwortung zurück, die er dereinst vor seinem Gewissen und vor der Geschichte tragen müßte: einen faulen Frieden verschuldet zu haben, weil er die letzte Siegeschance nicht ausgenutzt hätte.

Da trat mir eine vierte Meinung entgegen: Noeggerath kam zu mir und wollte meinen Beistand aufrufen, um den verschärften U-Bootkrieg noch aufzuhalten. Erfüllt von der überzeugenden Kraft seiner Gründe meinte er, alle Rechtgesinnten müßten sich noch fünf Minuten vor zwölf verbünden, um das Unheil zu verhüten. Ich setze den Vortrag her, wie er mir — dem Inhalt nach — damals gehalten wurde. Die gemeinsame Arbeit der Rohrbach-Gruppe stand dahinter:

1. Der Optimismus der Marine ist unbegründet. Deutschland verschärft den U-Bootkrieg, aber es verschärft auch die Kraft der Abwehr. In diesem Krieg ist der Irrtum hundertmal nachgewiesen, daß die Engländer töricht oder schlapp wären. Deutschland wird England wahrscheinlich in Todesnot bringen, aber Amerika wird in den Krieg eintreten und das technische Ingenium Amerikas und Englands und die Fähigkeit ihrer gemeinsamen Rasse werden einen Ausweg aus dieser Todesnot finden.

¹ Ludendorff (Meine Kriegserinnerungen, Berlin 1919, S. 250) schreibt, daß er vor eine neue Lage gestellt und in seinen Anschauungen stark beeinflusst worden wäre, wenn ihm der Kanzler am 9. Januar den Zusammenbruch eines unserer Feinde in Aussicht gestellt hätte, wie wir ihn nachher in Rußland erlebten.

² Vgl. Helfferich, a. a. O., S. 385f.

2. Der Pessimismus der Armee ist unbegründet. Die in Rom beschlossene Generaloffensive kann nicht zur Ausführung kommen. Die russische Armee leidet an Munitionsmangel; sie ist nicht nur zu größeren Offensiven unfähig, sondern auch in ihrer Verteidigungskraft bedroht. Im englischen Parlament wird Rußlands Munitionsmangel offen besprochen. Die Lebensmittelkrisis in Rußland droht zu revolutionären Unruhen zu führen, falls nicht Abhilfe geschafft wird.¹ Die Not fängt an, sich in der Armee fühlbar zu machen.

Das Regime Protopopow kann die Lebensmittelkrisis und die Munitionskrisis nicht nur nicht lösen, sondern will es nicht. Vielmehr — so heißt es — wollen Protopopow und seine Leute soziale Unruhen herbeiführen und die Armeen in ihrer Leistungsfähigkeit „verkrüppeln“, um einen Vorwand zum Friedensschluß zu haben. Aber der Zar wird heute von Gewalten bedroht, die stärker als die Reaktion sind. Das hat Rasputins Ermordung (29. Dezember 1916) bewiesen. Man behauptete, Mitglieder der kaiserlichen Familie gehörten zu den Anstiftern.² Der Subel der Armee und des Dumablocks begrüßte die Tat.

Lord Milner ist nicht nur nach Rußland gereist, um an der Befundung der russischen Kriegsorganisation mitzuarbeiten, sondern er will den Zaren bestimmen, Männer in die Regierung zu berufen, auf die sich der Dumablock und die Alliierten verlassen können. Die Spannungen müssen früher oder später zu einer Explosion führen. Mag der Ausgang sein, wie er will: Rußland kann die ihm von der Römischen Konferenz zugewiesene Aufgabe in diesem Jahre nicht erfüllen.³

¹ Siehe Bericht des „Manchester Guardian“-Korrespondenten M. P. Price vom 5. Dezember 1916 aus Tiflis.

² Großfürst Dimitrij Pawlowitsch gehörte zu den Verschwörern, Fürst Feliz Jusupow, Gemahl einer Nichte des Zaren, war der Mörder (Paléologue, a. a. O., Bd. II, S. 298).

³ Ende Januar 1917 schickten die beunruhigten Westmächte besondere Missionen nach Rußland. Am 1. Februar ist die erste Sitzung der Alliiertenkonferenz: Die französischen, englischen, italienischen Abgesandten drängen energisch auf kräftige, übereinstimmende Offensiven an den verschiedenen Fronten. Da erklärte der Generalstabschef Gurko: „Daß die russische Armee nicht imstande sei, eine große Offensive zu unternehmen, ehe sie nicht durch die sechzig neuen Divisionen verstärkt wird, deren Bildung kürzlich beschlossen wurde. Nun, damit diese Divisionen aufgestellt, abgerichtet, mit allem nötigen Material ausgestattet werden, müssen mehrere Monate, ja vielleicht ein Jahr verstreichen. Bis dahin wird die russische Armee nur ganz nebensächliche Operationen unternehmen können, die jedoch hinreichen werden, um den Feind an der Ostfront zu binden.“ (Paléologue, a. a. O., Bd. II, S. 348.)

3. Der Fatalismus der Politiker ist unbegründet. Sie brauchten nicht am Ende ihrer Weisheit zu sein. Die höhrenden Worte der alliierten Staatsmänner bezwecken, die unbedingte Kriegseentschlossenheit ihrer Völker kundzutun. Das ist ein Bluff. Die Einmütigkeit, auf die sich Lloyd George beruft, existiert nicht.

Sein Programm der dritten Mobilisierung ist ungeheuer: der Mannschaftserlass, die Munitionsproduktion, der Ackerbau, der Schiffsbau sollen alle außerordentlich gesteigert werden; ganze Arbeiterkategorien sollen zum Heeresdienst herangezogen werden, die nur im Vertrauen auf ihre Unabkömmlichkeit in die Wehrpflicht gewilligt hatten. Im Hintergrunde drohen Wehrpflicht in Irland und „farbige Arbeit“ für England.

Das Erwerbsleben wird starke Hemmungen erfahren. Fast alle Betriebe sollen unter Staatsaufsicht gestellt werden. Lloyd George will die Gewinne beschränken, gedenkt überhaupt den Besitz rücksichtslos zu besteuern.

Wird die dritte Mobilisierung gelingen? Ja — unter der Bedingung, daß Amerika im Kriege ist. Nein — wenn Deutschland den Bruch mit Amerika vermeidet. Noeggerath und seine Freunde möchten dafür bürgen, daß dann Lloyd Georges Sache verloren ist. Deutschland steht inmitten einer weittragenden politischen Aktion. Bethmann ist in der Lage, sie so lange fortzusetzen, bis eine englische Friedenspartei auf den Plan gerufen ist, mit der er reden kann. Ihr Programm ist bekannt: ein liberaler Sendbote hat im Sommer 1916 dem Obersten House ein Exposé über Kriegsziele überreicht. Das vertrauliche Dokument ist wahrscheinlich nicht ohne Absicht des Verfassers auch nach Deutschland gekommen; es enthielt als wichtigste Punkte:

Basis zur Diskussion zwischen Kriegführenden

1. Eroberung sollte nicht an sich Annexion rechtfertigen:
 - a) Wiederherstellung von Belgien, Serbien und Montenegro. Volle Entschädigung Belgiens.
 - b) Rückgabe der deutschen Kolonien oder gleichwertiger Gebiete. Neue Verteilung des afrikanischen Kolonialbesitzes. Kauf und Tausch sollten grundsätzlich zulässig sein.
2. Vernunftgemäße Befriedigung:
 - a) der Forderung auf Anwendung des Nationalitätenprinzips in Europa durch neue Grenzziehung, Autonomie oder eine andere Lösung,

b) der Forderung der Zentralmächte und anderer europäischer Staaten nach vermehrter wirtschaftlicher Betätigung in unerschlossenen Ländern.

Zu a) Der Verzicht auf Eroberung sollte nicht bloß Rückkehr zum Status quo mit allem seinem Widersinn bedeuten. Soweit als möglich sollte das Nationalitätsprinzip in Polen, Elsaß-Lothringen, im Trentino, den südslawischen Distrikten und anderswo befriedigt werden. Volksabstimmung, selbst unter neutraler Überwachung, wird nicht immer durchführbar sein. In manchen Fällen ist Autonomie innerhalb eines größeren Staates wahrscheinlich besser als Unabhängigkeit vom Standpunkt der betreffenden Nation wie des europäischen Friedens.

Zu b) Dem deutschen Unternehmergeist sollten in der asiatischen Türkei besondere wirtschaftliche Erleichterungen gewährt werden. Die armenischen Provinzen könnten unter russische Suzeränität gestellt werden.

3. Weitgehendste Anwendung des Prinzips der „Offenen Tür“ in allen außereuropäischen Gebieten — Freihäfen am Adriatischen und Ägäischen Meer, vielleicht an der Nord- und Ostsee, könnten erwogen werden.

4. Von beiden Seiten Annahme wirksamer Garantien gegen künftige Kriege zu Land oder zur See durch Errichtung einer dauernden Instanz für die friedliche Regelung aller internationalen Streitfälle. Solch ein System würde Rüstungsbeschränkungen einschließen.

Dieser Punkt übersteigt an Bedeutung alle anderen. Sir E. Grey habe am 26. August 1915 brieflich diesen Gedanken ausgedrückt, andererseits auch Ballin, ein persönlicher Freund des Kaisers, die Vermeidung künftiger Kriege und des Rüstungswettkampfes als die größte Aufgabe des Staatsmannes bezeichnet.

5. Einer Konferenz von Kriegführenden und Neutralen oder ständigen Kommissionen soll nach Einigung der Kriegführenden auf dieser Basis die Ausarbeitung der Statuten einer Friedensliga übertragen werden.

Diese Vorschläge beruhen, sagt die Erläuterung, auf dem Glauben, daß die Alliierten einen Frieden erstrebten, der die gerechten Forderungen aller Völker befriedigte und nicht Groll und Bitternis, die zur Vorbereitung künftiger Kriege führen müßten, hinterließe.

Der Weg über die amerikanische Vermittlung ermögliche es, daß Deutschland sich auf der gleichen Grundlage mit den Alliierten, die mit den Amerikanern übereinstimmen, treffen könnte; aber England glaubt, „für die Kinderstube zu kämpfen“, d. h., daß seine Nachkommen nur gesichert sind, wenn Deutschland geschwächt ist. Die Lösung dieser Schwierigkeit ist der große Gedanke der Friedensliga.

Begleitet wurden diese Vorschläge von „Argumenten für Amerikaner“, die dartin sollten:

- a) Das Schweigen des englischen liberalen Committee for Foreign Affairs sei nicht als Zustimmung zur Regierungspolitik zu deuten,
- b) die liberale englische Presse lege sich Rücksichten auf, um den rechten Geist bei Heer und Flotte zu erhalten,
- c) ein Umschwung in der öffentlichen Meinung sei denkbar und daher die Friedenspartei ein möglicher Machtfaktor,
- d) ohne diesen Umschwung aber seien, bei ihrer Abhängigkeit von öffentlichen Strömungen, die leitenden Männer Englands nicht imstande, etwas für den Frieden zu tun.

Noeggerath erläuterte das wichtige Dokument:

Dieses Programm ist sicher nicht so, wie es steht, von Deutschland zu akzeptieren; aber es ist von einem für Deutschland annehmbaren Programm nicht so weit entfernt, daß Verhandlungen nicht eine Brücke schlagen könnten.

Die englischen Anhänger des Verständigungsfriedens haben jetzt deutliche Zeichen nach Deutschland herübergegeben: Setzt das Friedensgespräch fort. Heraus mit euren Kriegszielen. Das Organ Greys, die „Westminster Gazette“, wendet sich einmal über das andere an den Kaiser und den Kanzler, sie möchten Klarheit über die deutschen Absichten schaffen. Wilson wird fortgesetzt aufgefordert, der englischen Öffentlichkeit die Kenntnis der deutschen Bedingungen zu vermitteln.

„Dürfen wir Herrn Wilson darauf aufmerksam machen, daß der nächste praktische Schritt der ist, uns zu sagen, wenn er es weiß, was die deutschen Bedingungen sind, oder, wenn er es nicht weiß, die Deutschen dazu zu bringen, ihre Bedingungen zu enthüllen.“¹

Wenn die deutsche Staatskunst sich diesem Hilferuf versagt, so bleibt die Unternehmung des Kanzlers, die mit dem Friedensangebot begonnen hat, elend stecken. Andererseits ist die deutsche Regierung in der Lage, für

¹ „Westminster Gazette“ vom 23. Januar 1917.

Wilson und die englischen Freunde des Friedens die Basis der Verständigung so deutlich herauszustellen, daß diesen Machtfaktoren die Fortsetzung des Krieges sinnlos erscheinen muß. Es gilt, Anschluß an drei Bewegungen zu finden, die in der gegenwärtigen internationalen Situation unaufhaltsam zu sein scheinen und die Wilsons Botschaft an den Senat¹ und das gemäßigtere englische Programm entscheidend mitbestimmt haben.

Deutschland braucht nichts zu widerrufen, wenn es an diese Bewegungen Anschluß suchen will. Wir hatten bereits mit ihnen während des Krieges Fühlung.

1. Freiheit der Meere (Abschaffung des Seebeuterechts, wirkliche Sicherstellung der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln, die nur für die Zivilbevölkerung bestimmt sind, usw.):

Altes deutsches und amerikanisches Programm, auch während des Krieges wiederholt vom deutschen Reichskanzler als deutsches Kriegsziel aufgestellt und durch den deutschen Botschafter in Amerika vertreten.

2. Sicherstellung der kleinen Nationalitäten:

Mehrfach vom Kanzler proklamiert, vor allem in der Aprilrede² 1916. Wir hatten eine bessere Chance als die Entente, diesen Programmpunkt in den Dienst unserer Sache zu stellen. Denn während sie von Völkerbefreiung redete, erkämpften wir die Befreiung kleiner Nationen.

3. Die Friedensliga:

In der Novemberrede mit Wärme vom deutschen Kanzler akzeptiert.

Im Rahmen dieses Programms könnte mühelos die unzweideutige Erklärung über Belgien erfolgen.

Den Einwand: nach der höhrenden Abweisung unseres Friedensangebotes sei es kaum mit der nationalen Würde vereinbar, noch weiter von Frieden zu reden, ließ Noeggerath nicht gelten. Wilsons erste, bis heute noch unerledigte Anfrage³ gäbe die natürliche Handhabe, Kriegsziele zu nennen, am besten in Beantwortung einer Interpellation des Reichstags. Die Noeggerath nahestehende Gruppe hatte dem Kanzler vorgeschlagen, eine programmatische Rede etwa folgendermaßen einzuführen:

„Wilson fordert von den kriegführenden Mächten Auskunft darüber, warum dieser Krieg noch weitergeht, der alle Neutralen vor schwerwiegende Entscheidungen stellt. Wir glauben, daß keine kriegführende Macht es verantworten kann, wollte sie dieses Ersuchen des Präsidenten zurückweisen. Das amerikanische Volk hat ein Recht zu wissen, worum es geht, und wer in diesem Kriege der Angreifer und der Verteidiger

¹ Vom 22. Januar 1917.

² Vom 5. April 1916.

³ Vom 21. Dezember 1916.

ist . . . Eigentlich brauchten wir nur auf die Erklärungen der deutschen Regierung hinzuweisen. Aber wir dürfen nicht verkennen, daß die Stellung unserer Heere in Feindesland es unseren Gegnern erleichtert, die Motive zu verfälschen, die uns seinerzeit zum Schwerte greifen ließen. Auch können wir nicht ableugnen, daß unter dem Einfluß der gerechten Erregung über unsere Feinde Stimmungen und Strömungen in Deutschland entstanden sind, die über die ersten Beweggründe der deutschen Politik hinausgreifen und einen Rachekrieg fordern, der die Demütigung aller unserer Feinde rings um uns in die Landkarte einzeichnen soll. Ich erinnere an die Eingabe der sechs Verbände, die ins Ausland gelangt ist und ohne Zweifel geeignet war, die Welt in Schrecken zu setzen. In der Tat, wären unsere siegreichen Heere von dem napoleonischen Erobererwillen geleitet, der in dieser Eingabe sich so freimütig gebärdet, so könnten wohl die gegnerischen, ja auch neutrale Länder, sich in ihrer Sicherheit bedroht fühlen. Es sind in letzter Zeit besonnene Patrioten an die Regierung herantreten und haben zwar nicht ihren Verdacht geäußert, es könnte die deutsche Regierung von jenen Welteroberungsplänen beeinflusst werden, aber sie haben doch ihren Zweifel erkennen lassen, ob die kaiserliche Regierung nach ihren Kriegszielen heute noch berechtigt sei, zu erklären, daß der deutsche Krieg ein Verteidigungskrieg ist. Können wir uns wundern, daß dieselben Zweifel auch aus neutralen Ländern immer wieder zu uns dringen? Ich habe daher dem Präsidenten Wilson die folgenden Kriegsziele mitgeteilt: . . .“

Ich fragte nach den praktischen Resultaten, die von einer solchen Aktion erwartet würden. Die Antwort war:

Ob die sich neu zusammensindende Friedenspartei stark genug sein würde, Lloyd George zu stürzen oder ihn zur Umkehr zu bringen, das kann man von hier aus nicht im voraus bestimmen. Nur soviel ist sicher, sie würde als Machtfaktor in der Öffentlichkeit handeln, und die englische Kriegsmaschine ist so delikate gebaut, daß sie eine patriotische Opposition gegen den Krieg auf die Dauer nicht würde aushalten können. Die entscheidende Wirkung aber wird die Entfremdung zwischen England und Amerika sein. Es gilt, den diplomatischen Wettkampf zu gewinnen: vor Wilson und der amerikanischen Öffentlichkeit. Deutschland muß unschuldig an der Fortsetzung des Krieges sein und erscheinen. Man ist in England in schwerer Sorge vor einer solchen Entwicklung. Es ist nicht allein Wilson, den man in seinen Interventionsabsichten zu kränken fürchtet. Besonnene Engländer sind sich heute dessen bewußt, daß hinter dem Präsidenten der Pazifismus des amerikanischen Volkes steht, das ihn gewählt

hat, damit er die Vereinigten Staaten aus dem Kriege draußen hält.¹ Greys Organ, die „Westminster Gazette“, warnt (am 3. Januar 1917) vor der Täuschung, daß die Majorität in den Vereinigten Staaten so denke wie der Osten:

„Die hohen Kosten der Lebenshaltung drücken stark auf jedermann, und die hohen Preise werden auf den Krieg geschoben. Es gibt Tausende, denen der Krieg keinen Profit gebracht hat, sondern nur verzweifelte Anstrengungen, wirtschaftlich durchzukommen, und diese Tausende wollen Frieden, um der Verschuldung zu entgehen. Es ist nutzlos, diese Menschen darauf hinzuweisen, daß andere Leute in Amerika große Profite aus dem Kriege gezogen haben. Die Antwort lautet: ‚Wir sind die Majorität, und uns bringt der Krieg nur Verlust.‘ . . .

Zum Guten oder zum Schlechten, wir müssen uns darüber klar werden, daß der Präsident eine große Machtstellung einnimmt, und daß, wenn er das amerikanische Volk hinter sich hat und zum Sprecher von anderen Neutralen wird, wir ihn notwendigerweise als einen sehr ernstesten Faktor in diesem Stadium des Krieges ansehen müssen.“

Nach der „Times“ vom 2. Januar 1917 arbeitet Graf Bernstorff darauf hin, den Alliierten die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges vor dem amerikanischen Volk anzuhängen und zwar mit einem doppelten Zweck: einmal, um die amerikanische Friedensliebe dahin zu fruktifizieren, daß der Export von Material und Geld an die Alliierten beschränkt wird;² und zweitens, um Washington dahin zu bringen, sänftig-

¹ Bernstorff, Deutschland und Amerika, Berlin 1920, S. 300: „Sofort nach der amtlichen Bekanntgabe seiner Wiederwahl schrieb der Präsident eine Friedensvermittlungsnote, behielt sie aber leider in seinem Schreibtische, weil gerade damals unglücklicherweise wegen der belgischen Deportationen eine neue deutschfeindliche Woge über das Land ging . . . Wenn die unselbige Maßregel . . . nicht erfolgt wäre, die obendrein in einem Augenblick ergriffen wurde, wo wir dem Präsidenten mitgeteilt hatten, daß wir Belgien nicht annektieren wollten, hätte die Weltgeschichte vermutlich einen anderen Verlauf genommen. Die amerikanische Vermittlungsaktion würde unserem Friedensangebote zuvorgekommen sein und infolgedessen wahrscheinlich Erfolg gehabt haben, weil wir dann den uneingeschränkten U-Bootkrieg nicht hätten aufnehmen können, ohne die Vermittlung auslaufen zu lassen.“

² Fast zur gleichen Zeit (29. Dezember 1916) telegraphiert, wie wir heute wissen, Graf Bernstorff nach Berlin: er sei überzeugt, daß unsere Feinde nicht auf Verhandlungen eingehen werden, wenn nicht von Amerika aus ein starker Druck ausgeübt werde. „Letzteres wird aber m. E. geschehen, wenn Eure Erzellenz im übrigen glauben, amerikanische Vermittlung annehmen zu können. Mit Ausnahme der belgischen Frage dürfte die hiesige Regierung uns bei allen Verhandlungen mehr Vorteil als Nachteil bringen, da die Amerikaner jetzt erst zur Erkenntnis gekommen sind, was die Seeherrschaft Englands bedeutet.“ (Bernstorff, a. a. O., S. 323.) Ein erstes Druckmittel wendet Wilson Anfang Dezember an: Der Federal Reserve Board, die unserer Reichsbank entsprechende Behörde, warnte die Banken vor ungedeckten Schuldscheinen (Anleihen) fremder Staaten; damit war der Entente praktisch die amerikanische Geldquelle verstopft. (Ebenda, S. 329.)

lich mit den weiteren Völkerrechtsbrüchen umzugehen, die Deutschland im Schilde führt.

Bernstorff — so meint Noeggerath — kann viel erreichen, wenn der deutsche Reichskanzler ihm zu Hilfe kommt. Die beiden Schrecknisse der englischen Politik: „Embargo“¹ und Duldung des verschärften U-Bootkrieges könnten Wirklichkeit werden für den Fall, daß nach einer maßvollen deutschen Kriegszielerklärung die Alliierten mit unverminderter Brutalität den Frieden zurückstoßen würden. Dann haben wir die klare Situation vor der amerikanischen Öffentlichkeit herbeigeführt: der von Wilson, von der englischen Friedenspartei und von Deutschland als gerecht anerkannte Friede scheitert an dem bösen Willen der Alliierten. Wenn Deutschland die am 12. Dezember begonnene politische Aktion² zu ihrem natürlichen Ende bringt, könnte es möglicherweise sogar den verschärften U-Bootkrieg erklären, ohne daß Amerika die diplomatischen Beziehungen abbricht; allerdings nur unter der Bedingung, daß er befristet, d. h. von der Zusage begleitet wird: sobald England mit seiner Blockade in die Grenzen des vorher geltenden Völkerrechts zurückgeht, hört die Verschärfung des U-Bootkrieges auf.

Rußland außer Gefecht; England zur Höchstleistung unfähig, seine Kraft, die Bundesgenossen zu halten, entscheidend geschwächt; England in ernstem Konflikt mit den Vereinigten Staaten. Hier ist ein klarer Weg zu einem anständigen Frieden oder zum Siege. — Vorbedingung: Fortsetzung der politischen Offensive und Aufschub des U-Bootkrieges.

Auf der anderen Seite: Wenn die deutsche Regierung sich nicht entschließt, mit dem verschärften U-Bootkrieg zu warten, so bringt sie Amerika an die Seite der Alliierten, mit seiner unerschöpflichen, unberechenbaren Kriegskraft. Das ist ein mehr als vollgültiger Ersatz für den wahrscheinlichen Ausfall Rußlands. Dann hat Lloyd George die englische Nation hinter sich für seine Knock-out-Politik. Das ist der klare Weg zur deutschen Niederlage.

Rückblickend will es uns scheinen, als ob nur mit Blindheit geschlagene Menschen die falsche Wahl treffen könnten.³ Der Kanzler hat tatsächlich

¹ Vgl. den Bericht von House über ein Gespräch mit Lloyd George vom 2. Juni 1915: „Er erklärte, es würde eine ernste Bedrohung für die Sache der Alliierten sein, wenn wir die Verschiffung von Kriegsmunition in dieser Zeit unterbinden würden.“ (House, a. a. O., I, S. 468.)

² Siehe oben S. 52.

³ Lord Grey, Fünfundzwanzig Jahre Politik, 1862 bis 1916, München 1926, II, S. 120, urteilt: „Im Lichte der späteren Ereignisse erscheint es klar, daß Deutschland

eine Marneschlacht abgebrochen, als er dem öffentlichen Friedensgespräch mit Wilson ein jähes Ende bereitete.

Damals war ich zwar tief beeindruckt durch die Auffassung, die mir entgegengebracht wurde. Ich habe auch in Gesprächen mit offiziellen Persönlichkeiten die Notwendigkeit des Aufschubs des verschärften U-Bootkrieges zu plädieren gesucht. Aber ich konnte schon deshalb nicht überzeugen, weil ich gegenüber Einwänden die natürliche Unsicherheit eines Menschen hatte, der sich nicht im Besitz allseitiger Informationen fühlt. Der Gegengrund, der mich stutzig machte, lautete: der Erfolg des verschärften U-Bootkrieges hängt davon ab, daß er am 1. Februar 1917 begonnen wird. England muß vor der neuen Ernte besiegt sein.

Am 27. Januar trat noch ein retardierendes Moment ein: Graf Bernstorff telegraphierte, und zwar im Auftrag des Präsidenten Wilson, der einen neuen Friedensschritt unternehmen wollte: wir möchten ihm zur öffentlichen Bekanntmachung unsere Friedensbedingungen mitteilen. Bernstorff drängte erneut auf einen Aufschub des U-Bootkrieges. Eingeweihte wußten damals nur von der Tatsache dieser Depesche.¹ Man kannte weder

eine große Gelegenheit, zum Frieden zu gelangen, veräußert hat. Wäre es der Politik Wilsons beigetreten und bereit gewesen, einer Konferenz zuzustimmen, so hätten sie die Alliierten nicht ablehnen können. Sie waren von amerikanischen Lieferungen abhängig; sie hätten nicht das Unbelibbte der Regierung der Vereinigten Staaten riskieren können, noch weniger ein Rapprochement zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland.“ Und S. 143: „Es gab aber ein diplomatisches Versehen, das der Sache der Alliierten verhängnisvoll werden konnte — wenn es begangen wurde. Es wurde mit allem Bedacht vermieden. Dieser Kardinalfehler wäre ein Zwist mit den Vereinigten Staaten gewesen; es mußte nicht notwendigerweise ein Bruch sein, aber ein Stand der Dinge, der die Amerikaner zu einem Einschreiten gegen die Blockade oder zu einem Embargo auf die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus den Vereinigten Staaten verleitet hätte. — Dagegen machte Deutschland diesen schweren Fehler.“

¹ Die Depesche lautete: „Washington, 27. Januar 1917. House bat mich spontan im Auftrage Wilsons, ihn zu besuchen, und sagte mir das Folgende als offiziellen Auftrag des Präsidenten: Wilson anbietet zunächst vertraulich, Friedensvermittlung auf Grund seiner Senatsbotschaft, d. h. also ohne Einmischung in territoriale Friedensbedingungen. Als nicht vertraulich betrachte Wilson sein gleichzeitig an uns gerichtetes Ersuchen um Mitteilung unserer Friedensbedingungen.“ Nachdem unsere Feinde uns ihre unmöglichen Friedensbedingungen offen ausgesprochen, seien auch wir moralisch verpflichtet, unsere Bedingungen bekannt zu geben, die ja nach unseren Mitteilungen gemäßigte seien, und die er dann der ganzen Welt bekanntmachen würde. „Wenn wir nur zu ihm Vertrauen hätten, sei Präsident überzeugt, daß er dann die beiden Friedenskonferenzen erreichen könne . . . Präsident meint, die an ihn gerichtete Ententenote brauche als Bluff nicht in Betracht gezogen zu werden. Er hoffe bestimmt, Friedenskonferenzen zustande zu bringen, und zwar so

ihre beschwörende Sprache noch die zwingende Beweiskraft der angeführten Gründe.

Ein Letztes wurde versucht. Der Staatssekretär Zimmermann war im Großen Hauptquartier. Noeggerath ging zu einem einflußreichen Militär, der ein vertrauter Mitarbeiter Ludendorffs war und in Berlin weilte:

Es steht ein neuer Friedensschritt von Wilson bevor. Warten Sie noch sechs Wochen. Wenn Wilson von den Alliierten abgewiesen wird, können Sie den U-Bootkrieg führen, ohne daß Amerika eingreift.

Noeggerath setzte durch, daß ihm ein Telephongespräch mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vermittelt wurde. Er beschwor Zimmermann in leidenschaftlichen Worten, den U-Bootkrieg nicht aufzugeben, wohl aber aufzuschieben. Zimmermann lehnte ab.

Nachdem unwiderruflich der schicksalschwere Entschluß festzustehen schien, wurde von der Zentralstelle der Versuch unternommen, auf die Gestaltung der an Wilson abzuschickenden Note Einfluß zu nehmen. Eine schmale Hoffnung schien zu bestehen, den Abbruch der Beziehungen mit Amerika zu vermeiden, wenn Deutschland den verschärften U-Bootkrieg befristete, d. h. in dem Augenblick aufzugeben versprach, in dem Wilson seinen Standpunkt in der Blockadefrage durchsetzte. Ferner wurde empfohlen, daß der U-Bootkrieg als Repressalie gegen die Blockade nicht nur formal begründet, sondern auch moralisch gerechtfertigt würde. Es galt der trägen Phantasie der fremden Völker nachzuhelfen: d. h., wir sollten die Leiden der deutschen Frauen und Kinder, vor allen Dingen auch der kranken und alten Leute, in so lebhaften Einzelheiten schildern, daß das menschliche Mitgefühl dadurch nicht minder erregt würde als durch die Opfer unserer Seekriegführung. Geheimrat Simons, der Vortragende Rat in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, wurde zu Hilfe ge-

schnell, daß unnötiges Blutvergießen der Frühjahrsoffensive verhindert werde . . . Wenn jetzt ohne weiteres U-Bootkrieg begonnen wird, wird Präsident dies als Schlag ins Gesicht betrachten, und Krieg mit den Vereinigten Staaten ist unvermeidlich. Stiefige Kriegspartei wird Oberhand gewinnen und Beendigung des Krieges meines Erachtens unabsehbar sein, da Machtmittel der Vereinigten Staaten trotz allem, was man dagegen sagen kann, sehr groß sind. Undernfalls, wenn wir auf Wilsons Vorschlag eingehen, allein Pläne trotzdem an der Hartnäckigkeit unserer Gegner scheitern, wird es dem Präsidenten sehr schwer werden, gegen uns in den Krieg zu gehen, selbst wenn wir dann uneingeschränkten U-Bootkrieg anfangen. Es handelt sich also vorläufig nur um einen Aufschub von kurzer Dauer, um unsere diplomatische Stellung zu verbessern. Ich selbst bekenne mich allerdings zur Ansicht, daß wir jetzt durch Konferenzen einen besseren Frieden erreichen werden, als wenn sich die Vereinigten Staaten unseren Feinden anschließen.“ (Bernstorff, a. a. O., S. 373 ff.)

rufen. Er war sofort einverstanden und erklärte diesen Gedankengang für die einzig mögliche Begründung des U-Bootkrieges.

Simons arbeitete auf dieser Linie einen Notenentwurf aus. Staatssekretär Zimmermann brachte ihn im Hauptquartier zur Sprache. Dort fiel die Entscheidung gegen eine Befristung des U-Bootkrieges.

Am 31. Januar 1917 wurde Paul Rohrbach zu Herrn Meyer-Berhard¹ gerufen, der sich lebhaft dafür eingesetzt hatte, daß diesmal nicht aus kurzfristigen taktischen Erwägungen heraus die Leiden der deutschen Nichtkämpfer verschleiert würden. Herr Meyer-Berhard eröffnete Rohrbach: Leider habe es sich als unmöglich herausgestellt, das wirksame philanthropische Argument zu verwenden. Das Reichsgesundheitsamt² habe soeben eine Erklärung veröffentlicht, wie günstig der Gesundheitszustand des deutschen Volkes durch die Kriegsernährung beeinflusst würde.³

¹ Herr Meyer-Berhard hatte Dernburg bei seinem Propagandafeldzug in Amerika zur Seite gestanden und wurde von Bernstorff während der Lusitania-Krise nach Deutschland geschickt, um im Einverständnis mit Wilson den ersten ausführlichen mündlichen Bericht über die amerikanische Situation und über den Inhalt der Unterredungen Bernstorffs mit Wilson zu überbringen (Bernstorff, a. a. O., S. 152).

² Ich bin nicht ganz sicher, ob damals das Reichsgesundheitsamt oder eine andere offizielle Behörde genannt worden ist.

³ Eine ähnliche Erfahrung machte Bernstorff. Deutschamerikaner sammelten Geld mittelst einer weitreichenden Propaganda, um trotz der englischen Blockade Milch für die deutschen Säuglinge herbeizuschaffen. Gerade damals aber veröffentlichte das amerikanische Staatsdepartement einen vom deutschen Auswärtigen Amt gebilligten, wenn nicht inspirierten Bericht, wie günstig die Milchfrage, wie überhaupt die Säuglingsfrage, in Deutschland liege. Damit war der Hilfstätigkeit der Boden unter den Füßen weggezogen (Bernstorff, a. a. O., S. 256/57).